

# *Knut Brammer*

*Knut Brammer 26349 Jade* [REDACTED]

***Knut Brammer***

[REDACTED]  
***26349 Jade***

***Tel.:*** [REDACTED]  
[REDACTED]

**Datum: 12.2.2024**

**Betr.:** Erklärung zur Ratssitzung am 13.2.2024 zum Tagesordnungspunkt 6

**Erklärung:** Ich werde mich an der Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 6 (Ganztagsschule) nicht beteiligen.

**Begründung:** Bereits in der jüngsten Vergangenheit habe ich immer wieder erklärt, dass durch den Beschluss des Bundes „einen Rechtsanspruch auf Ganztagsschule zu schaffen“ ein sehr starker Eingriff in das Recht unserer Kommunen auf kommunale Selbstverwaltung stattfindet.

Durch die Schaffung dieses Rechtsanspruches der Eltern gegen die Kommunen kommt es zu einer Nötigung der Gemeinden, etwas zu schaffen, was die meisten Städte und Gemeinden kaum finanzieren können. Die kommunalen Aufsichtsbehörden werden zwar einer kreditfinanzierten Durchführung nicht widersprechen bzw. nicht widersprechen können, deshalb werden die Vorhaben sicherlich auch umgesetzt, jedoch um welchen Preis.

Da durch dieses Vorhaben die Fremdmittelbelastung der Kommunen exorbitant steigt, wird in Zukunft kaum noch kreative kommunalpolitische Arbeit möglich sein, da bei künftigen Vorhaben die Kommunalaufsicht immer auf die Verpflichtung zur Konsolidierung hinweisen wird.

Das Ganze mit Erhöhungen der Gemeindesteuern zu kompensieren, wie es bereits aus Teilen des Rates vorgeschlagen wurde halte ich nicht für den richtigen Weg, da wir damit dem Bund und dem Land ein falsches Signal senden.

Der einzig richtige Weg wäre, der Bund führte das Konnexitätsprinzip ein, dann müsste auch der Bund für die Beschlüsse der Abgeordneten aufkommen und man würde in Berlin sicherlich mehr überlegen, was man beschließt.

**Diese Forderung wurde von mir in der Vergangenheit immer wieder gestellt.**

Die Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt 6 der Ratssitzung am 13.2.2024 bringt mich in einen Gewissenskonflikt.

Einerseits muss ich meiner Verpflichtung als Ratsherr nachkommen, mich an der Abstimmung zu beteiligen (Kommunalverfassung, Geschäftsordnung etc.). Andererseits soll ich mit meiner Stimme einem massiven Verstoß gegen das Grundgesetz Artikel 28 Abs. 2 zustimmen.

**Der einfachste Weg wäre, ich bliebe der Sitzung fern,** was ich aber auch nicht grundlos darf.

Deshalb werde ich mich nicht an der Abstimmung beteiligen und harre der Dinge, die da kommen.

Außerdem werde ich mich mit einer Petition an den Bundestag wenden und auf dieses Problem hinweisen.

Sollte man dort die Sache nicht ernst nehmen, bliebe immer noch die Prüfung der Angelegenheit durch das Bundesverfassungsgericht.

Für diejenigen im Rat, die der Meinung sind, wir hätten hier die Chance für unsere Gemeinde und speziell für unsere Kinder etwas Tolles zu vollbringen, sei an dieser Stelle erwähnt, dass wir in einer Zeit leben, in der alles teurer wird, auch das Geld.

Wir haben es lange Zeit genossen, dass die Zinsen niedrig waren, das kann sich schnell ändern und wird es auch.

Hier stellt sich die Frage ob die Kinder, für die Ihr jetzt etwas so Tolles schafft dies auch in Zukunft so toll finden da sie es sind, die das ganze abbezahlen müssen.

Mit freundlichen Grüßen

Knut Brammer